

Arbeitskreis prüft freiwillige Leistungen

Von Sabine Robrecht

HÖXTER (WB). Das Neun-Millionen-Euro-Loch in Höxters noch nicht verabschiedetem Stadttat überschattet die Ratsarbeit. So auch am Donnerstag, als es um die Mittelfreigabe für die Ausschreibung der sozialpädagogischen Betreuung im Jugendzentrum (Juzi) ging.

Diese Aufgaben vergibt die Stadt Höxter seit 2019 extern. Aktuell arbeitet sie mit dem „Projekt Begegnung“ zusammen. Zum 31. Juli läuft der Vertrag aus. Für eine nahtlose Fortsetzung der sozialpädagogischen Arbeit gilt es daher, die Dienstleistung umgehend neu auszuschreiben.

Klare Bekenntnisse zum Jugendzentrum

Die Stadt hat allerdings noch keinen verabschiedeten Haushalt. Daher können die Mittel für diese freiwillige Aufgabe nicht ohne den Bildungsausschuss und den Rat freigegeben werden. Weil die Sitzung des Fachausschusses ausgefallen ist, bekam das Stadtparlament die dringende Entscheidung am Donnerstag direkt auf den Tisch. Es gehe um eine Größenordnung von etwa 75.000 Euro pro Jahr, informierte Dezernent Stefan Fellmann in der Sitzung auf Nachfrage von Michael Schuster (UWG) über den Haushaltsansatz.

Die Verwaltung wolle den Folgevertrag auf drei Jahre befristen, kündigte Fellmann an. Geplant sei eine Verhandlungvergabe ohne Teilnahmewettbewerb. „Wir werden eine bestimmte Anzahl von Bietern anschreiben und mit ihnen verhandeln“, erläuterte der Dezernent.

In der Diskussion angesichts der Finanznot der Stadt stellten die Rednerinnen und Redner grundsätzlich klar, dass sie die sozialpädagogische Arbeit im Jugendzentrum wertschätzen und fortgesetzt wissen wollen. Dennoch beantragte UWG-Fraktionssprecher Georg Heiseke, die Beratung von der Tagesordnung zu nehmen. Denn schon direkt nach Pfingsten trete der eigens eingerichtete interfraktionelle Arbeitskreis zur Prüfung freiwilliger Aufgaben erstmals zusammen. Das gelte es abzuwarten. „Wir könnten nach der ersten Sitzung Erkenntnisse haben, die uns veranlassen, die Ausschreibung so zu belassen oder eventuell zu verändern“, argumentierte Heiseke.

CDU-Fraktionschef Günther Ludwig gab ihm recht. Das Thema sei aber zu wichtig, um es zu vertagen. „Der Vertrag mit dem Dienstleister läuft zum 31. Juli aus. Wenn wir das nicht ausschreiben, steht das Jugendzentrum ab Sommer ohne Betreuung da“, unterstrich SPD-Fraktionsvorsitzender Günter Wittmann die Dringlichkeit.

Berno Schlanstedt (Grüne) brachte sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, die Entscheidung zur Ausschreibung mit der Haushaltsdebatte in Zusammenhang zu bringen. „Wir müssen heute beschließen. Alles andere wäre nicht zu verantworten.“ Auf dem Spiel stehe die Fortsetzung der Arbeit des Jugendzentrums.

Genau aus dem Grund ordnete Martin Hillebrand (FDP) die Freigabe der Mittel für die Ausschreibung als alternativfrei ein. „Wir müssen uns aber grundsätzlich klarmachen, dass jeder Punkt auf den Prüfstand gehört.“

BfH-Fraktionschef Ralf Dohmann brach ebenfalls eine Lanze für das Jugendzentrum. „Wir müssen uns diese wichtige Einrichtung leisten.“

Karin Wittrock (CDU) führte vor Augen, dass der Haushaltsansatz von 75.000 Euro über kurz oder lang zur Diskussion stehen werde, weil schon Lohnsteigerungen dazu führen, dass für diese Summe nicht die gleiche Leistung erbracht werden könne. „Wir werden bei keiner freiwilligen Aufgabe weiter machen können wie in den vergangenen Jahrzehnten“, traf sie eine grundsätzliche Einschätzung.

Ausschreibung beschlossen

Ferdinand Welling (UWG) wurde ganz deutlich: „Wir haben jetzt ein Defizit von neun Millionen Euro und 25 Millionen in den nächsten drei Jahren. Irgendwann reden wir nicht mehr darüber, welche freiwilligen Leistungen wir streichen. Denn dann haben wir gar keine mehr.“

Im Jugendzentrum, um das es eigentlich ging, ist nur noch eine städtische Mitarbeiterin tätig, informierte Stefan Fellmann auf Nachfrage von Karin Wittrock. Sie könne den Betrieb unmöglich alleine aufrechterhalten, stellte der Dezernent klar.

Der Rat beschloss bei fünf Enthaltungen, die Mittel für die Ausschreibung freizugeben. Die Vergabe erfolgt dann im Fachausschuss.

„Verwaltung offensichtlich unfähig“: Ernst Würzburger erhebt in einem Bürgerantrag an den Rat Vorwürfe

Fehlende Hausnummern aufgespürt

Von Sabine Robrecht

HÖXTER (WB). Das ist eine „Hausnummer“: Dem Rat der Stadt Höxter lag in seiner jüngsten Sitzung am Donners-



Die Hausnummer muss deutlich sichtbar neben dem Haupteingang hängen. Foto: Maïke Robrecht

tag die Anregung vor, die Hausnummer-Pflicht aus der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu streichen. Begründung: Es werde sowieso dagegen verstoßen.

Antragsteller Ernst Würzburger hat die Stadtverwaltung in dem von ihm eingebrachten Bürgerantrag zur Streichung des Hausnummer-Paragrafen regelrecht vorgeführt: Sie sei offensichtlich unfähig, die entsprechende Vorschrift der ordnungsbehördliche Verordnung umzusetzen.

Diese Regelung besagt, dass jeder Eigentümer oder Nutzungsberechtigte eines Hauses die zugewiesene Hausnummer neben dem Haupteingang so anbringen muss, dass sie von der Straße aus deutlich zu le-

sen ist. In der Stadt Höxter werde seit Jahren dagegen verstoßen, kritisiert Ernst Würzburger in seinem Bürgerantrag. „Darauf aufmerksam wurde ich bei meinen Recherchen zu stadthistorischen Themen.“

Würzburger spürte die Verstöße nicht nur auf, sondern meldete sie der Stadt: Schon 2019 habe er dem damaligen Bürgermeister Alexander Fischer beziehungsweise dem Ordnungsamt immer wieder konkrete Hinweise über fehlende Hausnummern gegeben. „Im April 2021 wandte ich mich dann an Bürgermeister Hartmann und benannte 'als kleine Serviceleistung' über 20 fehlende und einige nicht 'von der Straße erkennbare' Hausnummern im Bereich der Altstadt.“

Diese Fälle behielt Würzburger, wie es aussieht, im Auge: Bei der Hälfte der damals genannten Häuser habe sich nichts geändert, konstatierte er im Bürgerantrag an den Rat. Und schlussfolgerte daraus, dass die Verwaltung offenkundig unfähig sei, die Verordnung umzusetzen, obwohl es sich um eine Ordnungswidrigkeit handele.

Antrag befremdlich

Dezernent Stefan Fellmann ließ den Vorwurf nicht auf der Stadt sitzen. Von den 20 monierten fehlerhaften Hausnummern seien nicht die Hälfte offen. Eines der betreffenden Häuser sei unbewohnt. Die Verwaltung weise jedes Jahr

über die Presse auf die Hausnummer-Pflicht hin. Hinzu kämen Kontrollen der Außen dienstmitarbeiter.

Der Bürgerantrag, die Verpflichtung aufzuheben, passierte den Rat nicht. „Er ist an Ironie kaum zu überbieten“, kommentierte CDU-Fraktionschef Günther Ludwig. Mit einem Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger, sie mögen nachschauen, ob ihr Haus seine Nummer sichtbar trägt, „sollte es gut sein“.

Auch Martin Hillebrand (FDP) ging deutlich auf Distanz zu der Bürgeranregung: Der Antragsteller habe zwar ein Stück weit recht. Dennoch handele es sich um ein laufendes Geschäft der Verwaltung. Dieses in den Rat zu bringen, sei befremdlich.